

Rückenwind für die schädliche Bruderholz-Initiative

Thomas Weber hat ein Laufental-Problem

Von Joël Hoffmann



Die Werbetouren des Gesundheitsdirektors Thomas Weber (SVP) zusammen mit seinem Basler Kollegen Lukas Engelberger (CVP) für ihre Spitalfusion

inklusive Ambulatorium TOP auf dem Bruderholz waren ein Flop: Das Volk kam nicht. Beamte, Ärzte, eine Handvoll bürgerliche Politiker und die Initianten der Bruderholz-Initiative waren anwesend und betrieben Schattenboxen. Nun wird am 21. Mai real über die Zukunft unserer Spitallandschaft abgestimmt, und alle Seiten schüren, wie immer vor Abstimmungen, Ängste – Zahlensalat inklusive.

Ohne Zweifel: Die Bruderholz-Initiative sollte aus rationalen Gründen abgelehnt werden, doch den Bürgern muss reiner Wein eingeschenkt werden – und dieser schmeckt nach Essig. Natürlich wollen Weber und Co. die Fusion und die neuen Pläne auf dem Bruderholz und in Laufen als Fortschritt verkaufen. Die Spitalfusion, sie bringe Einsparungen und dämpfe die Gesundheitskosten, sagen sie. Doch diese Versprechen basieren auf Hoffnungen.

Das regierungsrätliche Wunschenken wird begleitet von Beteuerungen, wonach eine Tagesklinik auf dem Bruderholz und eine Permanence in Laufen die Modernisierung der regionalen, ja sogar der Schweizer Spitallandschaft einläuten würde. Natürlich müsste die Schweiz endlich Fehlanreize korrigieren, wonach Patienten noch immer viel zu lange in den Spitalern liegen. Doch das ganze PR-Gerede der Politiker verschleierte etwas Zentrales: Thomas Weber baut im Baselbiet massiv Spitalleistungen ab. Das Bruderholzspital ist



Der Visionär und der Zerstörer. Alex Imhof (links) könnte Thomas Webers Spitalfusion verunmöglichen.



Foto Florian Bärtschiger

als Spital am Ende, auch Laufen muss sich vom Spital verabschieden. Leisten können wir uns den heutigen Standard nicht mehr – auch ein Ja an der Urne würde die Realitäten nicht verschieben, sie nur ins Gesetz festschreiben. Wer Ja sagt zur Initiative, soll sich nie mehr über die hohen Gesundheitskosten, künftige Steuererhöhungen oder Sparpakete beklagen. Natürlich können sich die Baselbieter darüber aufregen, dass Weber einen Abbau als Fortschritt verkaufen will. Man muss ihm jedoch zugutehalten, dass der finanzielle Druck derart hoch ist, dass kreative

Wer Ja stimmt, soll nie mehr über steigende Gesundheitskosten und Steuern klagen.

Lösungen – und dazu gehört das TOP im Rahmen der Spitalfusion – unabdingbar sind. Zudem: Eigentlich müsste Weber sofort das Bruderholzspital und das Spital in Laufen schliessen, wenn er wirksam sparen möchte.

Doch Weber ist nun mal Politiker und muss damit rechnen, dass er als

Spitalschliesser nicht mehr lange in Amt und Würden bleiben würde. Also suchte er einen Weg, bei dem er sein Gesicht wahren und doch dem Bürger gedämpfte Gesundheitskosten versprechen kann. Es ist den Spitalern zu verdanken, dass das aufgelegte Fusionskonzept tatsächlich fortschrittlich sein könnte, doch das alles ist vielleicht schon am 21. Mai Makulatur.

Die einst belächelten Initianten, die das Bruderholzspital bewahren wollen, geben im Abstimmungskampf richtig Gas – mitunter spüren sie sich nicht ganz, wenn etwa alt Chefarzt Hans

Kummer über all die Patienten spricht, die auf dem Weg nach Basel sterben könnten, oder wenn Komitee-Präsident Steffen Herbert Basels gemeinnützige Privatspitäler als die Abzocker vom Dienst darstellt. Aber die Nostalgiker haben einflussreiche Verbündete: die Laufentaler Politik.

Noch im Landrat lehnte etwa der Laufentaler FDP-Fraktionschef Rolf Richter die Initiative ab, jetzt ist er dafür. Ex-CVP-Präsident Marc Scherrer blieb der Abstimmung im Landrat fern, ist nun jedoch für die Initiative, so wie wohl die meisten Laufentaler Politiker seit Alex Imhof, der Stadtpräsident von Laufen, seine Unterstützung der Initiative angekündigt hat. Er könnte Weber in die Knie zwingen, das Jahrhundert-Vorhaben verhindern, noch bevor Basler und Baselbieter über die konkrete Gestaltung der Spitalgruppe streiten können.

Thomas Weber hat bisher hervorragende Arbeit geleistet: Er warf sich in die Materie, stellte seine Direktion auf funktionierende Füße und hat sehr viel gearbeitet, um ein Projekt auf die Beine zu stellen, welches das Baselbiet und die Region in die Zukunft führen könnte. Weber bewies bei öffentlichen Auftritten Humor und Bodenständigkeit. Er sprach nur ein wenig wie ein Politiker, blieb also verständlich und angenehm konkret. Das schuf Glaubwürdigkeit. Doch gepatzt hat er am PR-Anlass in Oberwil vor ein paar Monaten. Charmant antwortete er zwar auf Fragen der Anwesenden. Dann kam Alex Imhof: Er warnte, sehr zurückhaltend in der Art, vor den Befindlichkeiten des Laufentals. Denn: Ohne Spital müssen sie weitere Wege gehen. Weber beachtete Imhof nicht, nahm die lokalen Ängste wohl zu wenig ernst. Scheitert Weber am Laufental, wird er sich über sich selber ärgern. joel.hoffmann@baz.ch

Nachrichten

Sachschaden bei Brand in Kindergarten



Pratteln. In einem Kindergarten an der Hexmattstrasse kam es gestern Montag kurz nach Mittag zu einem Brand. Verletzt wurde niemand, es entstand jedoch erheblicher Sachschaden, wie die Polizei mitteilt. Zum Zeitpunkt des Brandausbruchs war der Kindergarten bereits geschlossen, und es befand sich niemand mehr im Gebäude, heisst es weiter. Die Feuerwehr konnte den Brand rasch löschen; als Brandursache steht fahrlässiger Umgang mit Feuerasche im Vordergrund.

Rheinhäfen starten schlecht ins Jahr

Birsfelden. Um knapp 30 Prozent lag der Güterumschlag in den Schweizerischen Rheinhäfen im 1. Quartal 2017 tiefer als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Nach einem äusserst schwachen Januar und einem nur unwesentlich besseren Februar konnte die Steigerung des Umschlags im März die Verluste nicht mehr wettmachen. Der Rückgang gegenüber dem 1. Quartal 2016 betraf praktisch alle Gütersegmente. Verantwortlich dafür waren die tiefen Wasserstände und ein Kapazitätsausbau der Bahn.

Auto landet nach Selbstunfall im Bach

Bubendorf. Auf der Verbindungsstrasse zwischen Bubendorf und Arboldswil ereignete sich gestern, kurz vor 10.30 Uhr, ein Selbstunfall.

Das Auto landete im Bach, der Lenker blieb unverletzt. Der 74-jährige Lenker war in einer Rechtskurve geradeaus in das Wiesland und anschliessend in den Fluebach gefahren.

Ein Kindergarten weniger wegen Schülerrückgang

MuttENZ. Auf das kommende Schuljahr hin schliesst MuttENZ den Kindergarten Kornacker. Wie Gemeinderat und Schulrat mitteilen, ist im Gegensatz zu den zunehmenden Schülerzahlen ab der 1. Klasse, die Anzahl Kinder im Vorschulalter rückläufig. Deswegen und «insbesondere unter Berücksichtigung der angespannten Gemeindefinanzen und Sparvorgaben» habe man beschlossen, den Kindergarten zu schliessen. Sieben Kinder im ersten Kindergartenjahr würden das zweite Jahr in nahe gelegenen Kindergärten absolvieren, heisst es weiter.

Lernfahrer baut Unfall und gibt Fersengeld



Sissach. Auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle baute am Montag kurz vor Mittag ein 20-jähriger Lernfahrer in einem Auto mit gestohlenen Kontrollschildern einen Unfall und richtete erheblichen Sachschaden an. Wie die Polizei mitteilt, widersetzte sich der in der Region lebende Autofahrer der polizeilichen Aufforderung anzuhalten. Stattdessen trat er aufs Gas und kollidierte auf der Flucht mit zwei parkierten Autos. Er stieg aus und setzte seine Flucht zu Fuss fort, die Polizei konnte ihn aber wenig später festnehmen.

Abgewiesene Asylbewerber sollen nur noch Nothilfe erhalten

Baselbieter SVP wehrt sich gegen die Übernahme der Kosten

Von Thomas Dähler

Liestal. Asylsuchende ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene sollen nur noch Anrecht auf Nothilfe haben, wenn der Bund die Sozialhilfe nicht mehr übernimmt. Dies fordern Hanspeter Weibel und die SVP-Fraktion in einem parlamentarischen Vorstoss. Der Bund übernimmt die Kosten heute nur während der ersten sieben Jahre. Nachher sind der Kanton und die Gemeinden in der Pflicht.

«Immer mehr Gemeinden beginnen zu realisieren, dass grosse Kosten auf sie zukommen, die sie in den kommenden Jahren ins Budget aufnehmen müssen», erklärt Hanspeter Weibel. Der Moment sei deshalb gekommen, einzuschreiten und dafür zu sorgen, dass nach sieben Jahren nicht einfach Kanton und Gemeinden einspringen, wenn die Geldquelle aus Bern versiegt.

Es sei nämlich nicht so, dass die Betroffenen auf die Gelder angewiesen seien. Viele überwiesen einen Teil der Unterstützungsgelder nach Hause. «Wir sind zu grosszügig», sagt Weibel und

verlangt, dass der Regierungsrat eine Vorlage erarbeitet und die Praxis ändert. Von der Einschränkung nicht betroffen wären die anerkannten Flüchtlinge. Die sieben Jahre, während derer der Bund die Kosten von Personen ohne Aufenthaltsbewilligung und von vorläufig Aufgenommenen übernimmt, sei eine lange Zeit. Wenn nach dieser Frist der Status der betroffenen Person nicht definitiv geklärt werden kann, heisst es im Text der Motion, «liegen Gründe vor, die unter anderem in der Person selbst liegen (Verfahrensbeschwerden, fehlende Papiere, unkooperatives Verhalten etc.)». Dies rechtfertige es, nicht weiter Anreize zu schaffen und Auszahlungen gemäss den Skos-Richtlinien vorzunehmen.

In Zürich schon beschlossen

Die Alternative dazu ist die Nothilfe. Dies bedeutet, dass nur noch Mittel für Nahrung, Unterbringung, medizinische Versorgung und ein kleines Taschengeld fließen. Weibel erklärt, die heutige generelle Finanzierung gemäss Skos-Richtlinien sei asylpolitisch fragwürdig

und schaffe falsche Anreize, welche die Steuerzahlenden vor allem in finanzschwachen Gemeinden je länger je mehr belasten.

Mit dem Vorstoss im Landrat betritt die Baselbieter FDP-Fraktion kein Neuland. Vor einem Monat hat bereits das Zürcher Kantonsparlament beschlossen, dass Personen mit Ausweis F statt Sozialhilfe nur noch Nothilfe erhalten. Das Parlament machte damit im Kanton Zürich einen früheren Volksentscheid rückgängig. Wird der Entscheid umgesetzt, erhalten abgewiesene Asylbewerber nur noch 360 Franken pro Monat statt 900 wie anerkannte Flüchtlinge.

Argumentiert wurde im Parlament damit, dass die Sozialhilfe Betroffene nur davon abhalte, den Lebensunterhalt selber zu verdienen. Bürgerliche hatten im Zürcher Parlament darauf hingewiesen, dass viele die Unterstützungsgelder nicht benötigten und sie nach Hause schickten. Wahrscheinlich ist in Zürich, dass das Volk das letzte Wort erhält. Ein Komitee «Integrationsstopp Nein» will zusammen mit mehreren Hilfswerken das Referendum ergreifen.

Parlamentarier verlangen Mobilitätskonzept

Vorstösse im Hinblick auf die Eröffnung der St. Jakobshalle eingereicht

Von Thomas Dähler

Liestal. Bei der Eröffnung der neuen St. Jakobshalle soll ein Mobilitätskonzept vorliegen. Der Baselbieter Landrat Jan Kirchmayr (SP) und mehrere Mitunterzeichner verlangen mit einem Postulat im Landrat, dass ein Konzept erarbeitet wird.

Einen gleichlautenden Vorstoss reichen Grossrat Thomas Gander (SP) und mehrere Mitunterzeichner im Parlament von Basel-Stadt ein. Verlangt wird, dass die beiden Kantone und die Gemeinden Münchenstein

und MuttENZ gemeinsam Verkehrslösungen erarbeiten.

«Mit der Eröffnung der neuen St. Jakobshalle möchte Basel mit Zürich als Veranstaltungsort in direkte Konkurrenz treten», heisst es in dem Vorstoss. «Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn ein Mobilitätskonzept und die entsprechende Infrastruktur vorhanden sind, welche die Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsteilnehmer ganzheitlich miteinbeziehen und Lösungsalternativen aufzeigen.» Die Unterzeichner verlangen, dass dabei alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden:

Auto, Velo, ÖV und Fussgänger. Bereits heute stosse der Verkehrsfluss an Grenzen, begründeten die Parlamentarier den Handlungsbedarf. Dies sei insbesondere der Fall, wenn auswärtige Besucher zu Veranstaltungen anreisen – etwa bei Spielen der Nationalmannschaft oder bei Konzerten.

Mit der langjährigen Sanierung des Schänzlitunnels gehe zudem Parkraum auf dem Wolf-Areal und in MuttENZ verloren. Insgesamt befinden sich an den drei Veranstaltungsorten auf dem St.-Jakob-Areal zusammengezählt 56 000 bis 60 000 Plätze.